

Tagesordnungspunkt 12

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Erbenheim am 27. Mai 2014

Nördliche Umgehung Erbenheims (SPD)

1. Der Magistrat (Dezernat (IV/Amt 66) wird gebeten, den von der BI „Kein Verkehrskollaps in Erbenheim“ erarbeiteten Vorschlag einer nördlichen Umgehungsstraße (siehe Anlage) auf seine grundsätzliche Realisierbarkeit zu überprüfen.
2. Sollte sich eine solche Planung, ggfs. auch in modifizierter Form, als geeigneter Lösungsansatz für die Verkehrsprobleme der östlichen Stadtbezirke erweisen, ist sie möglichst kurzfristig anzugehen.

Begründung:

Die massiven Verkehrsprobleme der östlichen Stadtbezirke sind aus der öffentlichen Diskussion bestens bekannt. Ebenso ist unstrittig, dass sich diese Situation durch neue Baugebiete (insbesondere Hainweg in Nordenstadt, Igstadt, Obere Wandersmannstraße sowie ehem. Dywidag-Gelände in Erbenheim), die Erweiterung des Flughafens in Erbenheim sowie die immer noch anwachsende Motorisierung im Rhein-Main-Gebiet) weiter verschärfen wird. Offenkundig ist aber auch, dass – zumindest bis zum heutigen Tage – nicht ansatzweise zu erkennen ist, wie die Stadt diese negative Entwicklung in den Griff bekommen will.

Die Erbenheimer Bürgerinitiative hat deshalb – unter der Federführung von Gerhard Heß – eigene Überlegungen angestellt, wie dieser Konfliktlage begegnet werden könnte. Im beigefügten Plan ist grob skizziert, wie eine solche Lösung mittel- bis langfristig aussehen könnte. Danach würde die bestehende Trasse des Ostrings (K 663) in westlicher Richtung über die Straße Am Oberfeld verlängert. Im weiteren Verlauf führt sie nördlich an der Siedlung Hochfeld vorbei und schließt im Distrikt Sumpflache an die B 455 an.

Diese Variante wurde in der Sitzung des AK „Östliche Vororte“ am 10. April 2014 - in Anwesenheit der zuständigen Dezernentin und zahlreicher Experten – angesprochen und auch von den anwesenden OBR-Mitgliedern der verschiedenen Vororte als durchaus prüfungswert erachtet.

Deshalb möchten wir – unabhängig von der Überarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP), der noch einige Jahre in Anspruch nehmen dürfte, beantragen, dass dieser Vorschlag auf seine grundsätzliche Realisierbarkeit geprüft wird. Sollte dies der Fall sein, wäre es – angesichts der extrem langen Bearbeitungs- und Entscheidungszeiträume für derartige

Infrastrukturmaßnahmen – sicherlich sinnvoll, möglichst frühzeitig die erforderlichen Förderungsanträge bei Bund und Land zu stellen.

Sollte eine gründliche Überprüfung, auch denkbarer Alternativen, mit einem negativen Ergebnis enden, bitten wir um eine ausführliche, überzeugende Stellungnahme. Natürlich sind wir jederzeit aufgeschlossen für die Diskussion anderer Lösungsvorschläge, wenn es aus der Sicht des Magistrates und der Experten bessere, auch kurzfristig wirksame Maßnahmen geben sollte.

Beschluss Nr. 0035

Antragsgemäß beschlossen.

Verteiler:

Dez IV z.w.V.
Amt 66

1005 z.d.A.

Reinsch
Ortsvorsteher